



FRIEDRICH-SCHILLER-UNIVERSITÄT JENA | INSTITUT FÜR SOZIOLOGIE  
SOZIOLOGIE KONGRESS | CARL-ZEISS-STR. 2 | 07743 JENA

**UNSICHERE ZEITEN** 34. KONGRESS  
DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR SOZIOLOGIE  
FRIEDRICH-SCHILLER-UNIVERSITÄT JENA  
6–10 OKTOBER 2008

**Ulrich Beck**

**Die Neuvermessung der Ungleichheit unter den Menschen:  
Soziologische Aufklärung im 21. Jahrhundert**

Eröffnungsvortrag zum Soziologiekongreß „Unsichere Zeiten“  
am 6. Oktober 2008 in Jena

Nie waren die Menschen in Deutschland und Europa freier und sicherer. Doch dieser Soziologiekongreß rätselt über „unsichere Zeiten“. Wie geht das zusammen? Werden hier Luxusprobleme behandelt, um die uns die Menschen in anderen Ländern und Kontinenten – Tag für Tag konfrontiert mit Hunger, Gewalt und Unfreiheit – nur beneiden können?

Nein. Unsichere Zeiten meint Zeiten eines namenlosen, diskontinuierlichen Wandels grundlegender Koordinaten der Gegenwartsgesellschaft, der gesellschaftlich und politisch hochambivalent und dessen Ausgang völlig offen ist. In diesem Sinne erzwingt der Klimawandel die konzeptionelle Neuvermessung sozialer Ungleichheit. Die Überlagerung, man kann auch sagen: der Zusammenprall wachsender globaler Gleichheitserwartungen (Menschenrechte) und wachsender globaler und nationaler Ungleichheit mit den radikal ungleichen Folgen des Klimawandels, des Ressourcenverbrauchs, kann schon bald das Gehäuse nationalstaatlich begrenzter Ungleichheit hinwegfegen wie der Hurrikan „Katrina“ die Armenhäuser von New Orleans. Das sind unsichere Zeiten!

Die Neuvermessung von Ungleichheit im Zeitalter von Globalisierung und Klimawandel muß entlang von drei Arten von Entgrenzungsprozessen erfolgen:

- (1) der Entgrenzung sozialer Ungleichheit;
- (2) der Entgrenzung sozialer Gleichheit;
- (3) dem Ende der Entgegensetzung von Natur und Gesellschaft.

Zum Schluß werde ich die (4) Frage aufgreifen: Was meint und wie wird eine kosmopolitische Erneuerung der Sozialwissenschaften möglich?

### **1. Entgrenzung sozialer Ungleichheit**

*Erste These: Die Wahrnehmung sozialer Ungleichheit in Alltag, Politik und Wissenschaft beruht auf einem Weltbild, das territoriale, politische, ökonomische, gesellschaftliche und kulturelle Grenzen in eins setzt. Tatsächlich aber wird die Welt immer vernetzter. Diese empirisch gut belegte Zunahme von Verflechtungen und Interaktionen über nationale Grenzen hinweg erzwingt die Neuvermessung sozialer Ungleichheit.*

In der Ungleichheitssoziologie ist alles in Frage gestellt worden – Klassen, Schichten, Lebensstile, Milieus, Individualisierung usw. –, erst ganz allmählich aber beginnt die Debatte über den Territorialbezug, die Schollenbindung, die nationalstaatliche Rahmung sozialer Ungleichheit (z.B. Berger/Weiß 2008). Anders gesagt: Das Weltbild der sozialen Ungleichheit beruht auf den Prinzipien von Nationalität und Staatlichkeit, ohne daß dies in der Soziologie bis heute angemessen thematisiert wurde. Die meisten Klassentheoretiker, einschließlich Bourdieu, der so extensiv über Globalisierung in seinen letzten Jahren nachgedacht hat, identifizieren die Klassengesellschaft mit dem Nationalstaat. Dasselbe gilt für Wallerstein, Goldthorpe, für viele nicht-klassentheoretische Ungleichheitssoziologen. Übrigens auch für meine Individualisierungstheorie sozialer Ungleichheit.

Um die Reichweite dieser Hintergrundannahme auszuleuchten, ist es sinnvoll, zwischen Fragen *erster Ordnung* und Fragen *zweiter Ordnung* zu unterscheiden: Fragen erster Ordnung beziehen sich auf »Was-Fragen« sozialer Ungleichheit, Fragen zweiter Ordnung auf »Wer-Fragen«. Fragen erster Ordnung thematisieren die materielle Verteilung von Chancen und Pflichten, Ressourcen und Risiken, also

Einkommen, Bildung, Besitz usw. Sie setzen die Antwort auf die nichtgestellten Fragen zweiter Ordnung voraus, nämlich auf die Fragen: *Wer* ist ungleich? Welche (Bezugs-)Einheit geht den sozialen Ungleichheiten voraus? Welches ist die angemessene Rahmung, in der die Fragen erster Ordnung aufgeworfen und politisch sowie soziologisch beantwortet werden können? Es ist die Kongruenz von politischem Status (nationaler Mitgliedschaft, Paß) und sozioökonomischem Status (Stellung in der nationalstaatlichen Ungleichheitshierarchie), die stillschweigend bei der Ungleichheitsanalyse bis heute vorausgesetzt wird. Sozialforscher verstehen und analysieren ihren Gegenstand vom Standpunkt einer nationalen *Wir*-Soziologie. Ungleichheitsgegensätze setzen nationalstaatliche Gleichheitsnormen ebenso voraus, wie die Exklusion der nichtnationalen Anderen. Dieses Paradigma, das politischen und sozioökonomischen Status unreflektiert in eins setzt, nenne ich »methodologischen Nationalismus«.

Erst der kosmopolitische Blick deckt auf, daß die Meta-Prinzipien von Staat, Nationalität und Ethnizität die Bezugseinheit bilden, innerhalb deren die materielle Verteilung von Ressourcen konfliktvoll ausgehandelt wird. Der sozialwissenschaftliche Blick, im Banne des methodologischen Nationalismus, kann gar nicht sehen, daß die Verbindung von Nationalität und Territorialität vorgängig die soziale Position von Individuen und Gruppen im Weltmaßstab festlegt – und das ist die eigentliche Dimension der Ungleichheit! Dem erwerbbaaren Status innerhalb eines national-territorialen Rahmens geht ein zugewiesener, gleichsam ständisch-politischer Status der Herkunftsnation im internationalen System voraus (z.B. gemäß der Unterscheidung von Zentrum und Peripherie).

Anders gesagt: Der methodologische Nationalismus beruht auf einer doppelten Kongruenzannahme: einerseits der Kongruenz von territorialen, politischen, ökonomischen, gesellschaftlichen und kulturellen Grenzen; andererseits der Kongruenz von Akteurperspektive und sozialwissenschaftlicher Beobachterperspektive. Die Prämisse des normativ-politischen Nationalismus der Akteure wird unreflektiert zur Prämisse der sozialwissenschaftlichen Beobachterperspektive. Beide Kongruenzannahmen bestärken sich wechselseitig.

Der historische Trend verläuft genau in die Gegenrichtung: Territoriale, staatliche, ökonomische, gesellschaftliche Grenzen existieren zwar fort, aber sie koexistieren nicht mehr!

Der notwendige Paradigmenwechsel kann auf drei Einsichten aufbauen:

- Soziale Klassen sind nur eine der historischen Formen von Ungleichheit.
- Der Nationalstaat ist nur einer der historischen Deutungsrahmen.
- »Das Ende der nationalen Klassengesellschaft« bedeutet nicht »das Ende der sozialen Ungleichheit«, ganz im Gegenteil: verschärft sich dadurch die Ungleichheit im nationalen wie transnationalen Raum.

Wir erleben heute eine Art Wiederholung des Prozesses, der Max Weber vor Augen stand, als er die Ursprünge des modernen Kapitalismus analysierte. Mit dem Unterschied, daß dieser Prozeß sich jetzt in globalem Maßstab vollzieht. Weber sagte, wir müssen die Trennung von Familienhaushalt und kapitalistischem Betrieb betrachten – mit anderen Worten: die Emanzipation der ökonomischen Interessen. Gegenwärtig erleben wir die Emanzipation der ökonomischen Interessen von den nationalen Bindungen und Kontrollinstitutionen. Das bedeutet die *Trennung von Herrschaft und Politik*. Letztes Beispiel: die globale Finanzkrise mit dem paradoxen Effekt, daß ausgerechnet die USA die Fahnenflucht in eine Art „Staatssozialismus für Reiche“ antreten.

Dem sich herausbildenden Nationalstaat gelang es, die Politik- und Herrschaftsinstitutionen zu entwickeln, mit denen sich die sozialen und kulturellen Schäden des modernen Industriekapitalismus begrenzen ließen. Das geschah innerhalb der territorialen Grenzen des Nationalstaates und war eine Art Ehe zwischen Herrschaft und Politik, die jetzt in einer Scheidung endet – mit den Rufen nach einer transnationalen Wiederverheiratung. Entsprechend wird die Herrschaft, verwandelt in diffuse Macht, teilweise in den Cyberspace, in Märkte und mobiles Kapital ausgelagert, teilweise auf die Individuen abgewälzt, die die entstehenden Risiken allein bewältigen müssen. Zugleich beginnt ein Ringen um transnationale Reregulierungen – in der Finanzpolitik ebenso wie in der Klimapolitik.

Wodurch wird in einer Welt, in der die nationalen Grenzen – zumindest für Risiko-, Kapital- und Informationsströme – durchlässig geworden sind, die Stellung im System sozialer Ungleichheit bestimmt? Interessanterweise wesentlich durch die Antwort auf genau diese Entgrenzung. Entsprechend muß zwischen aktiver und passiver Entgrenzung, aktiver und passiver Transnationalisierung von Personen,

Bevölkerungsgruppen oder ganzen Ländern unterschieden werden. Zum wichtigsten Einflußfaktor, der über die Position in der Ungleichheitshierarchie im globalen Zeitalter entscheidet, sind die Möglichkeiten oder Chancen zu Interaktion und Mobilität geworden. Dazu gehören Ressourcen aller Art – Pässe, Bildungspatente, Sprachen, Geld, also kulturelles, soziales und ökonomisches Kapital. Ebenso die länderspezifischen Einwanderungspolitiken: Nach welchen Kriterien (der Öffnung oder Schließung) richten die Länder im internationalen Wettbewerb um Humankapital ihre Migrationspolitik aus?

Ersetzt man den nationalen Blickwinkel durch einen transnationalen Blickwinkel, ergibt sich ein vollkommen anderes Bild der grenzenüberschreitenden Ungleichheitsdynamik: Auf der einen Seite finden sich die Aufsteiger, die »aktiven Transnationalisierer«. Zu ihnen gehören ganz unterschiedliche Gruppen: die globalen Eliten, die nicht mehr nur in Kategorien nationaler Räume denken und handeln; große Teile der jüngeren Generation (quer zu Bildungsabschlüssen), die bewußt transnational leben, entsprechend mobil sind, internationale Bildungspatente erwerben, Freundschaftsnetzwerke knüpfen und auf diese Weise ihr »Beziehungskapital« vermehren; schließlich Migranten, die die Chancen der Globalisierung nutzen, z.B. indem sie den Familienverband als soziale Ressource einsetzen. Auf der anderen Seite dieser neuen Spaltung steht die abstiegsängstliche globale Mitte, die Transnationalisierung passiv erleidet: die äußerst heterogene Mehrheit derjenigen, die ihre materielle Existenz territorial definieren und angesichts der Bedrohung ihres Lebensstandards auf die Stärkung territorialer Grenzen und die Schärfung nationaler Identität pochen, den Schutz des Staates einklagend. Die unsicheren Zeiten zeigen hier ihr neonationales Gesicht: Der Haß auf »die Anderen«, auf Ausländer, Juden und Muslime wächst.

Ehrlich gesagt: Was die abstürzende Mitte besänftigen soll – das Zwillingsargument: Globalisierung ist unser Schicksal, Protektionismus ist kontraproduktiv –, tröstet, rettet niemanden. Der Wähler ist kein Masochist. Er wählt nicht die Partei, die seinen Abstieg verspricht. Ohne die Zustimmung der nationalen Mitte weltweit jedoch verliert eine Politik, die die internationale Integration wahren oder sogar ausbauen will, die Machtgrundlage.

Daß das nicht das ganze Bild ist, zeigen Steffen Mau u.a. Sie haben die Hypothese – aktive Transnationalisierung (Interaktion über Grenzen hinweg) ist eine Quelle für

kosmopolitische Einstellungen – im Hinblick auf die deutsche Bevölkerung im Jahre 2006 empirisch getestet. Ergebnis: Personen mit grenzenüberschreitenden Erfahrungen und Handlungsmöglichkeiten entwickeln mit größerer Wahrscheinlichkeit kosmopolitische Einstellungen gegenüber Fremden.

## **2. Entgrenzung sozialer Gleichheit**

*Zweite These: Zum Problem, zum Konfliktstoff werden soziale Ungleichheiten nicht, weil die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden, sondern dann und nur dann, wenn sich anerkannte Gleichheitsnormen und Gleichheitserwartungen – Menschenrechte – ausbreiten. Wer die politische Wirksamkeit sozialer Ungleichheiten verstehen will, muß nach der Geschichte der sozialen Gleichheit fragen.*

Es muß also klar zwischen der Realität sozialer Ungleichheit und dem politischen Problem sozialer Ungleichheit unterschieden werden. Zum politischen Skandal avancieren soziale Ungleichheiten also erst historisch relativ spät – und dann zunächst in einem charakteristischen Widerspruch: Alle Menschen sind zugleich gleich und nicht gleich entlang nationaler Grenzen. Nationale Grenzen wirken als Wasserscheiden der Wahrnehmung: Sie machen soziale Ungleichheiten zum Politikum – nach innen – und produzieren, stabilisieren, legitimieren sie zugleich – nach außen. Unter welchen Bedingungen wird dieses Weltbild brüchig?

Brutale Ironie: Die Ungleichheit zwischen Armen und Reichen in der Weltgesellschaft nimmt die Form eines Champagnerglases an. Auf die 900 Millionen Menschen, privilegiert durch die Gnade der westlichen Geburt, entfallen 86 Prozent des Weltkonsums, sie verbrauchen 58 Prozent der Weltenergie und verfügen über 79 Prozent des Welteinkommens sowie 74 Prozent aller Telefonverbindungen. Auf das ärmste Fünftel, 1,2 Milliarden der Weltbevölkerung, entfallen 1,3 Prozent des globalen Konsums, 4 Prozent der Energie und 1,5 Prozent aller Telefonverbindungen.

Max Weber hat bekanntlich die Stabilität der Ungleichheits- und Herrschaftsordnung an die Legitimationsfrage gebunden. Welcher »Legitimitätsglaube« garantiert das Einverständnis der global Armen und Ausgeschlossenen mit der Ungleichheit der Weltgesellschaft?

Meine Antwort lautet: Das Leistungsprinzip legitimiert *nationale* Ungleichheit, das Nationalstaatsprinzip legitimiert *globale* Ungleichheit (in anderer Form). Wie?

Nationale Grenzen trennen scharf zwischen *politisch relevanter und irrelevanter* Ungleichheit. Ungleichheiten innerhalb nationaler Gesellschaften werden in der Wahrnehmung enorm vergrößert; gleichzeitig werden Ungleichheiten zwischen nationalen Gesellschaften ausgeblendet. Die »Legitimation« globaler Ungleichheiten beruht also auf institutionalisiertem Wegsehen. Der nationale Blick »befreit« vom Blick auf das Elend der Welt. Er operiert mittels einer doppelten Exklusion: Er exkludiert die Exkludierten. Und daran ist die Ungleichheitssoziologie, die Ungleichheit mit nationalstaatlicher Ungleichheit gleichsetzt, unreflektiert beteiligt. Es ist schon erstaunlich, wie stabil die globalen Ungleichheiten aufgrund des stillen Einverständnisses zwischen der nationalstaatlichen Herrschaft und der nationalstaatlich programmierten Soziologie – unter deren Anspruch auf wissenschaftliche Wertfreiheit! – »legitimiert« werden.

Die Ungleichheiten zwischen Ländern, Regionen und Staaten gelten als politisch unvergleichbar. Selbst massive Einkommensunterschiede zwischen Personen gleicher Qualifikation, aber unterschiedlicher Staatsangehörigkeit gewinnen erst politische Brisanz innerhalb eines Wahrnehmungshorizonts gemeinsamer Gleichheit. Also wenn die Personen derselben Nation oder dem Staatenbund der EU angehören oder in demselben Konzern, wenn auch in unterschiedlichen nationalen Zweigniederlassungen beschäftigt sind.

Genau aber das ist es, was der nationale Blick ausblendet: Je mehr Gleichheitsnormen sich weltweit ausbreiten, desto mehr wird der globalen Ungleichheit die Legitimationsgrundlage des institutionalisierten Wegsehens entzogen. Die reichen Demokratien tragen die Fahne der Menschenrechte in die letzten Winkel der Erde, ohne zu bemerken, daß auf diese Weise die nationalen Grenzbefestigungen, mit denen sie die Migrantenströme abwehren wollen, ihre Legitimationsgrundlage verlieren. Viele Migranten nehmen die verkündete Gleichheit als Menschenrecht auf Mobilität ernst und treffen auf Länder und Staaten, die – gerade unter dem Eindruck zunehmender Ungleichheiten im Inneren – die Norm der Gleichheit an ihren bewaffneten Grenzen enden lassen wollen.

### **3. Im Klimawandel verschmelzen soziale und natürliche Ungleichheit**

Dritte These: *Der Klimawandel, der als menschengemacht und katastrophal gilt, vollzieht sich in der Form einer neuartigen Synthese von Natur und Gesellschaft. Die politische Folge: Das Weltbild der Gleichheit der Menschen wird verdrängt durch das Weltbild einer durch Naturkatastrophen erzeugten natürlichen Ungleichheit der Menschen.*

Die Befunde sind bekannt: Erderwärmung, schmelzende Polkappen, steigende Meeresspiegel, Versteppung, Zunahme der Wirbelstürme. Das alles wird meist als Naturkatastrophe verhandelt. Die Natur für sich aber ist nicht katastrophal. Der Katastrophencharakter ergibt sich erst im Bezugshorizont der davon betroffenen Gesellschaft. Die Katastrophenpotentiale lassen sich nicht aus der Natur oder naturwissenschaftlichen Analysen ableiten, sondern spiegeln die soziale Verwundbarkeit bestimmter Länder und Bevölkerungsgruppen durch die Folgen des Klimawandels wider.

Der Klimawandel kann regionale Verwundbarkeit dramatisch verschärfen - oder aber abbauen. So sieht sich Rußland schon heute als Gewinner der künftigen ökologischen Krisen, weil es über reiche Vorräte fossilen Brennstoffs verfügt und weil höhere Temperaturen Landwirtschaft auch in Sibirien ermöglichen. Wenn sich der ökologische Imperativ durchsetzt, müssen die Menschen ihr Handeln in den verschiedensten Bereichen radikal verändern – von Gesundheit über Politik, Wirtschaft, Bildung bis hin zu Fragen der Gerechtigkeit. Der ökologische Imperativ handelt nicht von etwas, was „da draußen“ wäre. Unsere gesamte Lebensform ist auf die ressourcenverschwenderische, naturindifferente industriegesellschaftliche Moderne eingestellt, die es mit dem Siegeszug des Industrialismus immer weniger gibt. Je mehr wir aus dem Paradies der Klima-Unschuld vertrieben werden, desto mehr werden unsere bisher selbstverständlichen Denk-, Lebens- und Praxisformen zum Gegenstand von Konflikten, vielleicht sogar als kriminell angeprangert.

Das Nationalstaatsprinzip, so habe ich argumentiert, ist nicht länger in der Lage, die Ungleichheiten des Klimawandels abzubilden. Was kann an die Stelle treten? Mein Vorschlag: das *Nebenfolgenprinzip*. Dieses besagt: Die Grundeinheit natürlich-sozialer Ungleichheit bilden Personen, Bevölkerungen, Regionen, die über nationalstaatliche Grenzen hinweg durch die Nebenfolgen von Entscheidungen nationaler Anderer existentiell betroffen sind.

Oft gilt inzwischen allerdings auch: Man exportiert die Klimagefahren entweder räumlich: in Länder, deren Eliten darin ihre Profitchancen sehen, oder zeitlich: in die Zukunft der noch ungeborenen Generationen. Für diesen florierenden Gefahrenexport müssen nationale Grenzen nicht beseitigt werden, vielmehr ist ihre Existenz eine Voraussetzung. Nur weil diese Sicht- und Relevanzmauern in den Köpfen und im Recht fortbestehen, bleibt „latent“ und „Nebenfolge“, was bewußt getan wird.

Das Nicht-Wahrhabenwollen der Umwelt- als Innenweltgefahren findet sich am häufigsten dort, wo die Menschen keine Möglichkeit des Entkommens haben. Entsprechend werden die Risiken dahin abgewälzt, wo sie nicht wahrgenommen werden. Die Gefahrenakzeptanz in diesen Ländern ist nicht gleichzusetzen mit dem Einverständnis der Menschen dort, eher mit Stummheit und Sprachlosigkeit, die sich aus der Not nähren.

Globale Umweltgefahren setzen genau dies voraus und in Gang: Risikoerzeugung und Risikobetroffenheit werden räumlich und zeitlich entkoppelt. Was eine Bevölkerung an Katastrophenpotential in Gang setzt, trifft „Anderer“: die Menschen in fremden Gesellschaften und zukünftige Generationen. Entsprechend gilt: Wer die Entscheidung trifft, Gefährdungen Anderer auszulösen, kann dafür nicht mehr zur Verantwortung gezogen werden. Es entsteht – weltweit – eine organisierte Unverantwortlichkeit.

Die Folge könnte ein „natürliches Ungleichheitsgesetz des Klimawandels“ à la Malthus sein: Indem die am härtesten Betroffenen sich durch die „Natürlichkeit“ ihrer katastrophalen Lage auf sich selbst zurückgeworfen sehen, akzeptieren sie diese. Denn der Überlebenskampf vereinzelt. Unter dem Eindruck der naturgesetzlichen Gewalt der „Natur“Katastrophe verschwindet deren gesellschaftliche Genese, wird die Natur selbst Legitimation von Ungleichheit und Herrschaft.

#### **4. Was meint und wie wird eine kosmopolitische Erneuerung der Sozialwissenschaften möglich?**

Zusammengefaßt muß die Neuvermessung der Ungleichheit entlang dreier Koordinaten erfolgen:

(1) Die Soziologie sozialer Ungleichheit kann sich nicht länger auf die Prämisse der Unterscheidung von national und international verlassen. Die Gleichsetzung von sozialer mit nationaler Ungleichheit, die der methodologische Nationalismus vornimmt, ist zur Fehlerquelle par excellence geworden.

(2) Die Soziologie sozialer Ungleichheit kann nicht länger von der Globalisierung sozialer Gleichheit abstrahieren. Selbst wenn die Ungleichheiten nicht wachsen, wachsen die Gleichheitserwartungen – und delegitimieren, destabilisieren das System national-globaler Ungleichheiten. »Entwicklungsländer« verwestlichen sich und spiegeln so dem Westen zurück, daß die »Gleichheit« der Umweltzerstörung zur zivilisatorischen Selbstzerstörung führt.

(3) Die Geburtsprämisse der Soziologie, die Unterscheidung von sozialer und natürlicher Ungleichheit, ist unhaltbar geworden. Lebenslagen bzw. Lebenschancen, bisher vermessen im Horizont nationalstaatlich begrenzter Ungleichheit, verwandeln sich in *Überlebenslagen* bzw. *Überlebenschancen* in der Weltrisikogesellschaft. Gerade bei »Natur«-Risiken gibt es keine natürliche Gleichheit, sondern, im Gegenteil, soziale Ungleichheit in gesteigerter Form, Privilegierte und Nicht-Privilegierte: Während einige Länder bzw. Gruppen die Folgen der Wirbelstürme, Überschwemmungen usw. sozial einigermaßen auffangen können, erleben andere, die Nicht-Privilegierten, auf der Skala sozialer Verwundbarkeit, den Zusammenbruch der gesellschaftlichen Ordnung, die Eskalation der Gewalt.

Wer diese drei Komponenten zusammendenkt, stößt auf ein Paradox: Je mehr Gleichheitsnormen global an Geltung gewinnen, desto unlösbarer wird das Klimaproblem und desto verheerender werden die sozialökologischen Ungleichheiten der Nebenfolgen. Keine rosige Aussicht. Gerade aber diesen unbestechlichen, weltoffenen Realismus meint der Begriff des „methodologischen Kosmopolitismus“. Es geht nicht um Feiertagsrhetorik einer kosmopolitischen Weltverbrüderung, sondern um die Renaissance der Soziologie als Wirklichkeitswissenschaft jenseits des methodologischen Nationalismus.

*Vierte These: Klimawandel verschärft vorhandene Ungleichheiten von Armen und Reichen, Zentrum und Peripherie – aber hebt diese zugleich auf! Je größer die Gefahr für den Planeten, desto geringer die Möglichkeit selbst der Reichsten und*

*Mächtigsten, ihr zu entkommen. Klimawandel ist beides: hierarchisch und demokratisch.*

Das beinhaltet ein neues aufklärerisches Programm. Der Klimawandel setzt – ähnlich dem antiken Kosmopolitismus (Stoa), dem *ius cosmopolitica* der Aufklärung (Kant) oder den Verbrechen gegen die Menschheit (Hannah Arendt, Karl Jaspers) – ein »kosmopolitisches Moment« frei: Globale Risiken konfrontieren mit den scheinbar fernen Anderen. Sie reißen nationale Grenzen ein und mischen das Einheimische mit dem Fremden. Der entfernte Andere wird zum inneren Anderen – nicht als Folge von Migration, vielmehr als Folge von globalen Risiken. Der Alltag wird – unfreiwillig – kosmopolitisch („erzwungene Kosmopolitisierung“): Menschen müssen ihr Leben führen und verstehen im Austausch mit Anderen und nicht länger in der Begegnung mit ihresgleichen.

Der gängige, eingängige naive Katastrophenrealismus irrt. Klimarisiken sind nicht gleichbedeutend mit Klimakatastrophen. Klimarisiken sind die Antizipation zukünftiger Katastrophen in der Gegenwart. Diese »gegenwärtige Zukunft« der Klimarisiken ist real, die »zukünftige Zukunft« der Klimakatastrophen dagegen (noch) unreal. Doch schon die Antizipation des Klimawandels setzt einen grundlegenden Wandel hier und heute in Gang. Seitdem als unstrittig gilt, daß der Klimawandel menschengemacht ist und katastrophale Folgen für Natur und Gesellschaft hat, werden die Karten in Gesellschaft und Politik neu gemischt, und zwar weltweit. Deshalb ist der Klimawandel keineswegs ein direkter, nicht zu verhindernder Weg in die Apokalypse – er eröffnet auch die Chance, die nationalstaatlichen Bornierungen der Politik zu überwinden und einen kosmopolitischen Realismus im nationalen Interesse zu entwickeln. Klimawandel ist beides. Er ist Ambivalenz pur.

Nur der durch die Kunst und Schule des methodischen Zweifelns geschärfte soziologische Blick kann dies aufdecken und öffentlich gegen die Dominanz von Zynismus und Ratlosigkeit wenden. Deshalb kann die Soziologie des Klimawandels als ein Lehrstück für die kreative Wirkung unsicherer Zeiten gelten. Wie läßt sich diese Signatur der Zweiten, reflexiven Moderne in der Soziologie verorten?

Das Hauptproblem der Soziologie heute besteht darin, daß sie die falschen Fragen stellt. Die Leitfragen der Gesellschaftstheorien sind zumeist auf Stabilität und Ordnungsbildung ausgerichtet und nicht auf das, was wir erfahren und daher

begreifen müssen: den epochalen Prämissen- und Koordinatenwandel in der Moderne.

Dem beobachtbaren Prozeß einer gesellschaftlichen Mutation der Moderne – wenn ich diesen biologischen Ausdruck verwenden darf –, der angesichts der selbstzerstörerischen Folgen radikalierter Modernisierung die Gesellschaftsstruktur *von innen heraus* revolutioniert, stehen die verschiedenen Soziologien hilflos gegenüber. Für diesen Prozeß der – wie es Joseph A. Schumpeter ausdrückte – »schöpferischen Zerstörung«, der doch, wie die Klassiker lehren, zum Wesen der kapitalistischen Moderne gehört, verfügt sie über keine Gesellschaftstheorie, keinen empirischen Bezugsrahmen, keine Forschungsroutinen, keine entsprechend transnationale Organisationsform ihrer Forschung und Lehre.

Nicht unwahrscheinlich ist, daß Gesellschaft wie Soziologie auf das überfallartige Neue mit einer Schreckensstarre antworten, die es gewaltsam auf das scheinbar altgültige Muster der industriegesellschaftlichen nationalstaatlichen Wandellosigkeit des Wandels verpflichten will und, wie es bei Angstzuständen zu gehen pflegt, ein hohes Maß an Brutalität erkennen läßt. In derart »unsicheren Zeiten« verwandeln sich selbst gelassene Soziologen in manchmal fröhliche Reaktionäre – und merken es nicht.

Allerdings gibt es auch andere Signale. Die von mir skizzierte Neuvermessung der Ungleichheit erlaubt eine methodologische Schlußfolgerung, nämlich, wie gesagt, den kosmopolitischen Imperativ: Grenzenübergreifende Lebens- und Überlebenslagen lassen sich nur in einer kosmopolitischen Perspektive – das heißt in neu zu findenden, neu zu definierenden, grenzenübergreifenden Fokussen, die die national ausgeschlossenen Anderen einbeziehen – deutend verstehen und ursächlich erklären. Tatsächlich haben in der Entwicklung der letzten zehn Jahre Sozialwissenschaftler und Sozialwissenschaftlerinnen verschiedener Disziplinen die Einnahme der kosmopolitischen Perspektive der Globalität erprobt und praktiziert. Um nur exemplarisch einige Schlüsselnamen und -ansätze zu nennen – Glick Schiller, Weiß, Pries: Transnationalismus; Bayly: moderne Geschichte als Weltgeschichte in kosmopolitischer Perspektive; Habermas: postnationale Konstellation; Stichweh, Albert: Weltgesellschaft, Weltstaat; John Meyer: Weltkultur; Albrow: das globale Zeitalter; Levy, Sznajder: kosmopolitische Erinnerung; Ong, Randeria, Römhild: glokale Ethnographie; Zürn: Kritik des methodologischen

Nationalismus; Grande: kosmopolitische Politikwissenschaft; Mau: kosmopolitische Einstellungen als Konsequenz transnationaler Erfahrungsräume und viele andere mehr. Dies zeigt: Teile der Sozialwissenschaft (auch in Deutschland) beginnen sich konzeptionell und empirisch zu öffnen. Gerade das ist ja auch Thema dieses Soziologiekongresses, und ich bin gespannt, wie die Debatte verläuft.

Was aber meint der Schlüsselbegriff »Kosmopolitisierung«? Keinesfalls Globalisierung, sondern soziologisch hochrelevante Nebenfolgen der Globalisierung, nämlich die aus der Erosion nationaler Grenzen weltweit hervorgehende unfreiwillige Konfrontation mit dem fremden Anderen. Die Grenzen sind sicherlich nicht verschwunden, aber unscharf geworden und durchlässig für Informationsströme, Kapitalbewegungen, Finanzrisiken und ökologische Gefahren sowie für bestimmte Menschengruppen (Touristen ja, Migranten nein). Kosmopolitisierung heißt sicherlich nicht, daß nun alle Menschen automatisch Kosmopoliten würden. Eher ist das Gegenteil zu beobachten: eine weltweite Welle der Renationalisierung. Aber die soziologische Schlüsseleinsicht lautet: Im Alltag wie in den Sozialwissenschaften entsteht ein immer stärkerer Bedarf für eine Hermeneutik des Fremden, weil wir in einer Welt leben und forschen, in der gewalttätige Spannungen und Spaltungen und unvorhersehbare Interdependenzen normal werden sowie neuartige Gefahren untrennbar mit Aufbruchsmöglichkeiten verwoben sind.

Wir stehen im Banne einer Soziologie, deren Grundlagen in den vergangenen hundert Jahren gelegt wurden. Das erste Jahrhundert der Soziologie ist nun vorbei. Auf dem Weg in das zweite geht es darum, den Raum der soziologischen Imagination und Forschung – und damit auch der soziologischen Aufklärung – neu zu erschließen und zu bestimmen, für die kosmopolitische Konstellation zu öffnen. Dafür gibt es historische Voraussetzungen gerade in Deutschland, in dem die Debatte um Kosmopolitismus und Patriotismus die intellektuelle Öffentlichkeit des späten 18. und des 19. Jahrhunderts aufwühlte. Heinrich Heine sagte sogar: Der Kosmopolitismus sei der eigentliche Beitrag der Deutschen zur Weltkultur. Jedoch eine kosmopolitische Soziologie bedeutet etwas anderes, eine Soziologie, die die ontologisierten Prämissen und Dualismen der nationalstaatlichen Soziologie – wie national und international, Wir und die Anderen, Gesellschaft und Natur – in Frage stellt und auf diese Weise einen neuen soziologischen Blick, eine neue soziologische Grammatik für die beschreibende Theorie der Phänomene sozialer Ungleichheit (in

der Verknüpfung von Armut, Reichtum und ökologischer Zerstörung, Ressourcenverknappung usw.) gewinnt. Eine kosmopolitische Soziologie unterscheidet sich von einer universalistischen, indem sie nicht beginnt mit einem meist aus dem eigenen – europäischen – Erfahrungszusammenhang gewonnenen Abstraktum (z.B. »Weltgesellschaft« oder »Weltsystem« oder das »autonome Individuum« usw.).

Allerdings gehört auch diese selbstkritische Offenheit dazu: Das Forschungsprogramm der kosmopolitischen Soziologie steckt noch in den Anfängen. Wir haben damit im Münchner SFB „Reflexive Modernisierung“ begonnen. Die Fragen lauten: Wie können neue transnationale Untersuchungseinheiten definiert werden? Welches ist ihre Komparatistik? Wenn es richtig ist, daß die Produktion empirischer Daten nationalstaatlich orientiert und organisiert ist, wie wird eine transnationale quantitative Empirie möglich? Wie wird es möglich, die Allgegenwart der kulturell und politisch Anderen in die soziologischen Perspektiven und Methoden zu integrieren? Was heißt die Hermeneutik des fremden Anderen? Können wir die Transformationszeit im *status nascendi* überhaupt begreifen, erforschen? Unsere alten Irrtümer und Fehler kennen wir, wie aber können wir unsere neuen Irrtümer und Fehler in der Erforschung der neuen Wirklichkeit erkennen, abwenden?

Die Menschheit könnte dem Irrtum der Raupe erliegen, meint Burkhard Müller. Diese Menschheitsraupe befindet sich im Stadium der Entpuppung, beklagt aber ihr Verschwinden, weil sie den Schmetterling, zu dem sie wird, noch nicht ahnt. Umgekehrt könnte es allerdings geschehen, daß wir uns allzusehr auf die vielzitierte Hölderlinsche Hoffnung verlassen, wonach mit den Gefahren auch das Rettende wächst. Dann würde der Anstrengung, die notwendig ist, um ein Schmetterling zu werden, der Antrieb entzogen. Die Frage, ob die Soziologie selbst sich eine Raupe auf dem Weg zum Schmetterling ist, wage ich nicht zu beantworten. In jedem Fall wünsche ich diesem Kongreß bei der Aufklärung dieser Ambivalenzen unsicherer Zeiten anregende Vorträge, aufregende Debatten. Und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

*Die ungekürzte Fassung dieses Vortrags erscheint bei Suhrkamp und ist am 15. Oktober 2008 im Buchhandel.*